

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Martin Böhm

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Corona: Jetzt Koordinierungsrat zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einsetzen! (Drs. 18/7413)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Markus Rinderspacher. – Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Landtag behandelt heute die unterschiedlichsten Anträge aller Fraktionen zur Corona-Krise: Kinderbetreuung, Schule, Gaststätten, Hotellerie, Wirtschaft, Finanzen. Zwei der SPD-Anträge zum heutigen Plenartag zeigen die globale Dimension der Pandemie auf, und auch die Notwendigkeit der engen europäischen Zusammenarbeit.

Dieser Wille zur europäischen Zusammenarbeit war in den vergangenen Wochen und Monaten nicht überall in Europa erkennbar, im Gegenteil. Die EU-Mitgliedsländer haben in nationalen Alleingängen ohne Abstimmung mit der Europäischen Union ihre Grenzen dichtgemacht und ihre Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zum Teil mit riesigem Aufwand ins eigene Land zurückgeholt. Mit Blick auf die Bevorratung und Beschaffung von medizinischen Gütern und Schutzausrüstung hat jeder für sich alleine gewerkelt. Eine zielführende Kooperation unter Koordination der Europäischen Union wäre sicher besser gewesen.

Auch der deutsche Gesundheitsminister, Jens Spahn, hat sich sehr schnell an die Spitze der Entsolidarisierung gesetzt und frühzeitig einen Ausfuhrstopp, beispielsweise für Gesichtsmasken, aus Deutschland erklärt. Ist das die richtige Antwort auf die weltweite COVID-19-Pandemie? – Sicher nicht.

Wenn dann auch noch autoritäre Supermächte in Europa als Helfer in der Not auftreten, Russland und China, wenn russische Iljuschin-Flugzeuge in Bergamo landen mit der Aufschrift "From Russia with Love", um dort Schutzausrüstung und Masken zu liefern, wenn die Chinesen ihre "Seidenstraße der Gesundheit" bis nach Serbien führen und der serbische Präsident den Chinesen mit Bruderkuss für die solidarische Hilfe dankt, diese sei von Europa nicht zu erwarten, müssen wir uns fragen, ob wir diesbezüglich auf dem richtigen Weg sind.

Als bayerische Landespolitiker ist unser Einfluss auf diese gesamteuropäischen Kontexte der Pandemie nur begrenzt. Wir können nur europäische Zusammenarbeit mit unserer Nachbarschaft organisieren, also mit Tschechien, Österreich, und im erweiterten Blickfeld auch mit Italien.

Deshalb schlägt die SPD-Fraktion einen grenzüberschreitenden Koordinierungsrat vor. Es geht um Best-Practice-Beispiele, die gegenseitig ausgetauscht werden, wechselseitige Unterstützung; es geht um einen Informationsabgleich von Krankenhauskapazitäten, allgemeine Gesundheitsressourcen, gemeinsame Beschaffung und Bevorratung medizinischer Güter, grenzüberschreitenden Einsatz von Personal, Behebung von Störungen. Da die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt an der Waldnaab, Wunsiedel und Rosenheim gewissermaßen ein Brennglas für die gesamte Republik sind, ist es notwendig, dass die Zusammenarbeit hier auch koordiniert wird. Wir können die Corona-Krise nur gemeinsam bewältigen. Gehen wir es gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn an!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bereitmachen kann sich der Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU-Fraktion. Er ist der nächste Redner. – Die Mikrofone sind bereit.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Coronavirus – wir erleben es täglich – macht vor Landesgren-

zen nicht halt. Vertrauensvolle Zusammenarbeit und gute Abstimmung helfen dabei, das Pandemie-Geschehen zu bewältigen und die Folgen abzumildern. Da macht es sich bezahlt, dass Bayern sehr enge und gute Kontakte zu seinen Nachbarn pflegt.

Wir fangen mit solcher Zusammenarbeit allerdings nicht erst in einer Krise an, wie sich das die SPD offensichtlich vorstellt. Nein, wir und vor allem die Staatsregierung stehen immer und regelmäßig in engem Austausch, zum Beispiel mit den tschechischen, mit den österreichischen und natürlich auch mit den Südtiroler Nachbarn. Es gibt viele unterschiedliche Kontaktformen, auf politischer Ebene, auch auf parlamentarischer Ebene, aber vor allem auf Fachebene, die oft seit vielen Jahren von beiden Seiten gepflegt werden. Diese historisch gewachsene Zusammenarbeit bewährt sich gerade jetzt auch in der Corona-Krise. Schon jetzt gibt es regelmäßige Abstimmungsgespräche, zum Beispiel auf Ebene der Staatsministerien und nachgeordneten Behörden mit den Pendanten jenseits der Grenze. So gehen wir schon jetzt Sachfragen laufend gemeinsam an.

Es wird zum Beispiel auch deutlich, wie sehr sich die Intensivierung der Beziehungen gerade zu Tschechien und die Eröffnung einer bayerischen Repräsentanz in Prag in solchen Zeiten für beide Seiten auszahlen.

Aber auch auf höchster politischer Ebene findet beispielsweise ein wöchentlicher Austausch mit Tschechien, Österreich und unserem Nachbarbundesland Sachsen statt.

Mit der Bodenseekonferenz haben wir bereits einen institutionellen Rahmen, der auch jetzt für Abstimmungen genutzt wird.

Auch auf höherer europäischer Ebene funktioniert die Zusammenarbeit – Sie bekommen es täglich mit –, zum Beispiel mit Frankreich und Italien, wenn es darum geht, sich bei der Intensivversorgung von Corona-Patienten zu helfen, sehr gut.

Die Einrichtung eines zusätzlichen Koordinierungsrates mag zugegebenermaßen in der Theorie gut klingen. In der Praxis allerdings würde ein solcher Koordinierungsrat

keinen Mehrwert bringen, ganz im Gegenteil. Er würde nur eine Doppelstruktur und damit doppelte Arbeit neben den bestehenden Krisenreaktionsstrukturen bedeuten. Das würde niemandem helfen, sondern eher schaden und zu einem Kompetenzwarrwarr führen und Unklarheiten verschärfen. Deswegen lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag aus Überzeugung ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Kollege Florian Siekmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kann sich schon auf den Weg zum Rednerpult machen. Er ist der nächste Redner.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN-Fraktion begrüßt grundsätzlich mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Zu Beginn dieser Krise gab es davon definitiv zu wenig. Der erste Hilferuf des ständigen Vertreters Italiens in der EU ist verhallt; damals gab es von den anderen Mitgliedstaaten keine Antwort. Die lapidare Antwort, die ich auf Nachfrage aus der Staatskanzlei bekommen habe, war: Na ja, das ging ja in erster Linie an den Bund, da ist Bayern nicht direkt zuständig. – Aber wer sonst als die Länder hätte die Kapazitäten, um zu helfen? Da hat sich vieles verbessert. Auch auf Druck der SPD und der GRÜNEN – wir haben gehört, der Ministerpräsident nimmt in diesen Zeiten manchmal Vorschläge gerne auf – werden Patientinnen und Patienten jetzt hier behandelt, man tauscht sich über den Stand bei medizinischen Gütern aus. Aber es geht noch mehr; denn, Herr Kollege Rieger, auch wenn die Zusammenarbeit an vielen Stellen schon gut ist, hat man gerade beim Grenzmanagement sehen können, dass das mit den Absprachen leider nicht gut funktioniert hat. Das muss man einfach so sagen. Die totale Schließung, die Tschechien im ersten Moment gemacht hat, die deutlich unterschiedlichen Regelungen zwischen Bayern und Österreich, gerade was das Aufsuchen von Familien und Verwandten betrifft, haben immer wieder zu Schwierigkeiten geführt, und jetzt auch die Regelungen, die zur Schweiz deutlich unterschiedlich sind. Das muss sich verbessern, da muss Bayern mehr Wert darauf legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben deswegen auf Bundesebene für jede Grenzregion die Einrichtung einer Taskforce im Bundestag gefordert. Warum auf Bundesebene? – Natürlich braucht man für die Grenzangelegenheiten auch den Bund. Das können wir nicht alleine regeln. Das wäre sinnvoll, auch im Hinblick darauf, wie man auf lange Zeit die Pandemie managt, wenn es um entsprechende Maßnahmen in den Grenzregionen geht.

Wenn Sie etwas für die Menschen auf beiden Seiten der Grenze machen wollen, stimmen Sie in der nächsten Innenausschusssitzung unserem Antrag zu, in dem wir konkrete Maßnahmen vorgeschlagen haben, wie man das unter Wahrung des Infektionsschutzes erleichtern kann. Wie es aber wirklich um die Solidarität in der Europäischen Union bestellt ist, sehen wir erst, wenn es um die Frage geht, ob wir auch bereit sind, finanziell zu helfen. Das können wir aber beim übernächsten Dringlichkeitsantrag noch ausgiebig diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Vorsitzende des Europaausschusses, Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, hier vorne ist seit Neuestem immer so eine Alkoholfahne.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Er war es nicht!

Zurück zum Thema und ganz ernsthaft: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Kollegen der SPD, Kollege Rinderspacher, ich habe große Sympathien für Ihren Ansatz, den Dialog gerade in dieser Krise grenzübergreifend noch zu intensivieren.

Wie die Vorredner bin ich allerdings auch sehr skeptisch, ob es dafür neue Institutionen braucht. Ich habe in den letzten Wochen gemerkt, wenn ich am Abend immer wieder mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen europäischen Ländern telefoniert, über WhatsApp kommuniziert oder geskypet habe: Es ist gut, wenn wir uns austauschen, wenn wir voneinander lernen. Dafür haben wir Europa.

Ich weiß aber auch, dass wir in Bayern sehr gut aufgestellt sind. Auch da kann ich mich den Kollegen anschließen. Vonseiten des Wirtschaftsministeriums ist Staatssekretär Roland Weigert, zuständig für Außenwirtschaft, in engstem Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern. Ich weiß, dass Minister Herrmann fast täglich mit dem Außenminister von Tschechien telefoniert, kommuniziert. Diese Einheit, diesen Austausch gibt es. Ich sehe allerdings schon, dass wir uns krisenbedingt und krisenspezifisch in diesem Austausch gewissen Themen stärker widmen können, als wir das bisher getan haben.

Kollege Siekmann, das gilt natürlich für das Grenzregime, das wir abstimmen müssen. Dass der Einstieg unterschiedlich lief, ist nicht das Problem. Aber wir müssen den Ausstieg, den Exit, gemeinsam und koordiniert machen.

Wir können zum Beispiel an der Grenze – wenn wir Bayern und Tschechien nehmen – jetzt, da die Grenze wieder geöffnet ist, da das Reiseverbot von tschechischer Seite aufgehoben worden ist, da die Regeln für die Pendler vereinfacht worden sind, darüber reden, wie wir diesen Prozess beispielsweise medizinisch begleiten: durch eine bessere Kooperation der Gesundheitsämter und der Hygienestationen – so heißen die auf tschechischer Seite – im Grenzbereich, damit da der fachliche Austausch besser ist. Aber ich glaube nicht, dass wir dafür unbedingt neue Institutionen brauchen, sondern wir müssen einfach nur sehen, dass wir unseren Dialog, den wir schon hatten, krisenbedingt, Corona-orientiert weiter auf- und ausbauen und zu einem guten Ergebnis kommen.

Bayern – das stimmt auch – hat durch seine zentrale Lage in Europa, durch die Lage im Herzen Europas, eine besondere Rolle, weil wir auch die Regionen verknüpfen können. Ich merke – Kollege Rieger wird es ähnlich gehen –, dass auch der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss der Regionen sehr wertvoll ist, weil wir auch da den Austausch pflegen können.

Grundsätzlich ist das also eine gute Idee. Ich bin allerdings skeptisch, ob wir einen neuen Arbeitskreis, einen neuen Koordinierungsrat brauchen. Ich glaube, wir müssen einfach mehr reden in den Strukturen, die wir haben. Dann ist uns allen geholfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Antrag gibt die SPD den dezenten Hinweis auf das Totalversagen der EU in der Corona-Krise. Die Arbeit der Brüsseler Institutionen sollen nun Koordinierungsräte leisten. Räte – irgendwie erinnert mich das gleich an den Rätekommunismus.

(Unruhe)

Unser Haus, föderal konstituiert mit kurzen Entscheidungswegen und gelebter Subsidiarität ist das wohltuende Gegenteil von Multilateralismus, EU-Verordnungswahn und EU-Zentralismus. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rinderspacher, dass Abstimmungsbedarf über die Grenzen hinweg besteht, dass das kein nationales, auch kein bayerisches Thema allein sein kann, erleben wir in vielen Bereichen, die auch in diesem Antrag angesprochen sind. Ich will nicht alles das wiederholen, was meine Vorredner schon an Bedenken angemeldet haben. Aber ich will noch eineinhalb Gesichtspunkte ergänzen:

Der von Ihnen geforderte Koordinierungsrat, klingt nach neuer Institution, auch wenn man liest, dass regionale Körperschaften aus Bayern, Tschechien und Österreich, auch aus Italien dabei sein sollen. Ich denke, mit diesen regionalen Körperschaften sind auch die Kommunen gemeint. Das mag auch unter mancherlei Aspekten vernünftig sein. Aber mein Hinweis wäre auch, sich mal die Geburtswehen der Europaregion anzusehen, wie mühsam die Dinge entwickelt wurden, um sich überhaupt einmal organisatorisch aufzustellen, eine Geschäftsordnung zu etablieren, zu sagen, wofür wir zuständig sind.

In dieser krisenhaften Situation ist mit dieser Idee, glaube ich, nichts gewonnen. Bis das wirklich organisiert ist, ist hoffentlich das Gros der Herausforderungen bewältigt. Das ist auf die Schnelle überhaupt nicht organisatorisch zu bewältigen. In der Sache sollte man mehr miteinander reden und mehr aufeinander abstimmen.

Wir haben in unseren Konzepten immer wieder darauf hingewiesen, dass wir auch bei Maßnahmen zur Reduzierung der Einschränkungen den Blick über die Grenze tun müssen, um uns aufeinander abzustimmen. Das ist gerade im grenzüberschreitenden Verkehr in allen möglichen Bereichen wichtig. Das muss man fortsetzen, aber nicht mit einer neuen Institution. Das wäre schwerfällig, mühsam und auch zu spät.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung der Staatsminister Dr. Florian Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag der SPD-Fraktion wird die Staatsregierung aufgefordert, einen Koordinierungsrat zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit in bayerischer Nachbarschaft zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen zu initiieren.

Lieber Kollege Rinderspacher, leider fällt der Antrag in die Kategorie "Gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht". Deshalb kann ich nur empfehlen, den Antrag abzulehnen; denn wenn er angenommen und ein solcher Rat installiert würde, würde dies letztlich eine Doppelstruktur neben den bestehenden Krisenreaktionsstrukturen bedeuten und damit mehr Verwirrung stiften als wirklich Nutzen bringen.

Im Einzelnen sprechen folgende Aspekte dafür, den Antrag abzulehnen:

Wir haben in Bayern von Beginn an, seit Beginn der Corona-Pandemie, eine einheitliche Führungs- und Kommunikationsstruktur. Wir haben den bayerischen Katastrophenschutzstab, der täglich tagt und in dem auch sämtliche Fäden, nicht nur die innerbayerischen, zusammenlaufen. Dort werden FüGK-Strukturen bis hinunter in die Kreisverwaltungsbehörden koordiniert. Dort wird alles im Zusammenhang mit Beschaffung und der Bedarfe koordiniert. Dort überlegt man sich die Belegungskonzepte für die Kliniken und Ähnliches. Dort werden natürlich auch die grenzüberschreitenden Themen, die relativ häufig adressiert werden, entsprechend behandelt, und dort wird darüber nachgedacht, wie man damit in der einen oder anderen Weise umgehen kann.

Deshalb finden im Nachgang auch eine ganze Reihe von Abstimmungsgesprächen mit unseren Partnern jenseits der Grenzen statt, natürlich auf der Ebene der Staatskanzlei, aber auch der zuständigen Ressorts, der Auslandsbüros und der Repräsentanzen, vor allem über unser Büro in Prag, und aller nachgeordneten Behörden.

Ich bin in der Tat in sehr regem Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen unserer Nachbarländer: mit Außenminister Petrčec aus Tschechien, aber auch mit dem Kolle-

gen Schenk aus Sachsen und der österreichischen Europaministerin Edtstadler. Das bin aber nicht nur ich, sondern auch andere Kolleginnen und Kollegen: Kollegin Kani-ber, Joachim Herrmann, Kollege Aiwanger, Kollege Weigert. Auch der Ministerpräsi-dent bringt sich immer wieder selbst ein, wenn es notwendig ist, um Fragen des Pend-lerverkehrs und ähnliche Themen zu behandeln. Es gibt also einen Austausch, und der Austausch funktioniert auch.

Ich sage ganz offen: Wir haben bei vielen schwierigen Dingen, zum Beispiel bei Pend-lerfragen im Grenzbereich, verursacht durch unterschiedliche Entscheidungen bei uns und in Tschechien, schon viel erreicht. Wir haben wirklich schon eine ganze Menge er-reicht. Sonst würde es für manche Unternehmen sehr schwierig sein, überhaupt noch Arbeitskräfte zu haben. Ich nenne beispielsweise die Grenzpendler.

Natürlich wird auf den Fachebenen gesprochen. Unsere Botschaft, die Deutsche Bot-schaft in Prag mit Botschafter Israng, die Generalkonsulate Tschechiens und Öster-reichs sowie die gesamte Bodenseekonferenz sind ständig miteinander in Kontakt. Ich erwähne das, weil es diese Institutionen auf den unterschiedlichen Ebenen gibt. Eine zusätzliche Institution würde wirklich nur mehr Arbeit machen und nichts bringen.

Wir sind natürlich auch – das wissen Sie – in direktem Kontakt zu anderen, auch sehr stark betroffenen Regionen in Frankreich und in Italien, mit der autonomen Provinz Bozen – Südtirol. Wie Sie wissen, stellen wir auch Intensivpflegeplätze zur Verfügung und – das hat der Ministerpräsident deutlich erklärt – werden auch noch aufstocken, soweit das notwendig ist, was Italien betrifft. Von Frankreich gab es eine Anfrage. Wir haben versucht, ihr zu entsprechen. Dann hat sich der Bedarf aber Gott sei Dank erle-digt. Wir sind aber nach wie vor dafür offen, wenn es notwendig ist. Wir haben dafür auch Kritik geerntet. Es gab nicht wenige, die insbesondere in den sozialen Netzwer-ken geschrieben haben: Wie könnt ihr das machen? Es wird doch für uns selber knapp. – Unsere Einstellung ist aber: Nicht nur der Christ, sondern auch der Europäer teilt in der Not, dann, wenn es wirklich notwendig ist. Das haben wir gemacht, weil der

Europäer eben auch an die Zukunft denkt, an die Frage, wie wir in Europa nach der Krise miteinander umgehen. Solche wichtigen Zeichen gehören besonders dazu.

Wir stehen in Kontakt mit den Kammerorganisationen und den bayerischen Euregios. Dies sind alles gewachsene institutionalisierte Strukturen, die ihre Leistungsfähigkeit über viele Jahrzehnte bewiesen haben.

Deshalb das Fazit: Die Zusammenarbeit klappt hervorragend, nicht nur in der Theorie, sondern auch gerade jetzt in der Krise ganz praktisch mit konkreten Ergebnissen. Überall ist eine enorme gegenseitige Informationsbereitschaft und Hilfsbereitschaft zu erkennen. Bei aller Kritik zeigt sich schon, dass wir in einem solidarischen Europa mit unseren Nachbarländern zusammenleben. Ein zusätzliches Gremium bringt also keine weitere Verbesserung. Was in der Sache nichts Positives bringt, sollte man nicht machen. Deshalb schlage ich vor, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/7413 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, CSU, FDP und AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.